

Sara Madjlessi-Roudi

Ordnen und Regieren

Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts
›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik



Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und
Sozialforschung im *UNRAST* Verlag, Münster



1 Einleitung

In der Entwicklungspolitik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat der Begriff der Zivilgesellschaft, der ganz unterschiedliche Organisationsformen, wie soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NROs) oder Stiftungen umfasst, Ende der 1990er Jahre einen deutlichen Bedeutungszuwachs erlebt. So erfährt Zivilgesellschaft als politischer Akteur in umfassendem Maße Beachtung durch das Ministerium und wird in politische Entscheidungsprozesse einbezogen. Darauf deuten auch zwei Beispiele hin, mit denen schlaglichtartig die vorliegende Arbeit eröffnet wird, da sie zentrale Kontroversen in der Forschung und Praxis aufmachen.

Im Juni 2013 meldete sich Dirk Niebel, Minister des BMZ, in einem Brief an die entwicklungspolitische NRO FIAN zu Wort. In diesem Brief beklagte er sich über die Kampagne der deutschen Organisation im »Fall Kaweri«¹. Die NRO, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt, unterstützt seit mehreren Jahren Kleinbäuer*innen² in Uganda, die durch die ugandische Armee von ihren Ländereien vertrieben wurden. In der Folge wurden diese an die Kaweri Kaffee Plantage als Tochterfirma der in Hamburg ansässigen Neumann Gruppe³ zum Kaffeeanbau verpachtet. Gemeinsam mit den Betroffenen kämpft FIAN gegen deren Vertreibung sowie damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen (vgl. FIAN 2019).⁴ In seinem

1 Im Verlauf der vorliegenden Arbeit werden im Diskurs verbreitete Begriffe in einfachen Anführungszeichen markiert, sofern sie in ihrem Konstruktionscharakter betont werden sollen. Aus Gründen der Lesbarkeit werden dabei Anführungszeichen innerhalb von Zitaten vereinheitlicht. Französische Anführungszeichen im Original werden in der Arbeit als einfache Anführungszeichen aufgeführt.

2 Im Folgenden wird auf das Gender-Sternchen (»*«) zurückgegriffen, um explizit alle Identitäten jenseits des Systems von Zwei-Geschlechtlichkeit einzubeziehen sowie solche Identitäten, die sich selbstbestimmt nicht innerhalb einer Zwei-Geschlechter-Ordnung, verorten möchten. Dabei soll das Sternchen Raum für Diversität schaffen (Lenz et al. 2012: 7). Nicht gegendert wird, wenn es sich um Zitate handelt oder wenn explizit hervorgehoben werden soll, dass Personen ausschließlich als Männer aufgeführt werden (bspw. Terroristen).

3 Die Neumann Gruppe (2020) ist nach eigenen Angaben der weltweit führende Dienstleister für Rohkaffee.

4 Im Jahr 2002 verklagten die Vertriebenen die Kaweri-Plantage sowie die ugandische Regierung. Dabei stellte FIAN fest, dass das Verfahren »nach allen Regeln der Kunst

Brief bezieht Niebel Stellung: Die Neumann Gruppe sei »die größte deutsche Investition in Uganda und hat die Aufmerksamkeit und das Wohlwollen der Bundesregierung« (Niebel 2013), weshalb er FIAN dazu auffordert »[i]hre Darstellung des Falles zu überdenken« (ebd.).⁵

Ein anderes Schlaglicht:

Mit Überraschung reagierte die Bundesregierung auf die Proteste des »arabischen Frühlings«, die im Jahr 2010 begannen.⁶ So erklärte Minister Niebel, dass vielen »[d]ie Tragweite der sich in Nordafrika und der arabischen Welt abzeichnenden Veränderungen [...] erst langsam bewusst« (2011: 216) werde.⁷ Das BMZ ordnete die Proteste insbesondere als Ruf nach Demokratie, Menschenrechten und wirtschaftlichem Aufschwung ein und installierte spezifische Fördermaßnahmen, um die Zivilgesellschaft zu stärken. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheiten würden dabei in Zusammenhang stehen, wie Niebel betonte (vgl. Rippberger 2012). In etwa zeitgleich zu den Protesten in Nordafrika fanden in zahlreichen Ländern Subsahara-Afrikas, u.a. in Burkina Faso, Uganda und Zimbabwe ebenfalls umfassende Proteste statt (vgl. PROKLA 2013; Eberlei 2014).⁸ Allerdings wurden diese Protestbewegungen im Globalen Norden kaum beachtet (vgl. Manji 2016: 186). Aufmerksamkeit im Globalen Norden bekamen allein die Länder Côte d'Ivoire, Somalia und Mali, wo westliche Staaten militärisch aktiv sind, der Senegal aufgrund von Massenprotesten sowie Südafrika, wo es zu Massakern an streikenden Minenarbeiter*innen kam (ebd.).

verschleppt« (FIAN 2019) wurde, bis im Jahr 2013 ein erstes Urteil positiv für die Vertriebenen ausfiel. Eine Entschädigung für die Vertreibung fand noch nicht statt (ebd.).

5 FIAN reagierte unverzüglich und kritisierte die Einmischung von Seiten des Ministers (vgl. FIAN 2013).

6 Die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi im Dezember 2010 in Tunesien war für viele Menschen ein Ereignis, dass das Fass gesellschaftlichen Unmuts zum Überlaufen brachte. Aus den anschließenden Protesten wurde eine Bewegung, die Wellen schlug und später häufig als »arabischer Frühling« bezeichnet wurde.

7 Auch die Presse im Globalen Norden berichtet mit Erstaunen über Proteste sowie das Aufbegehren der Massen, wobei insbesondere Ägypten und Tunesien im Fokus der Medien stehen (vgl. Dege/Dege 2011).

8 Manji verweist auf Proteste in Algerien, Angola, Benin, Botswana, Burkina Faso, Kamerun, Djibouti, Gabun, Kenia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Marokko, Mosambik, Namibia, Somalia, Senegal, Südafrika, Sudan, Swaziland, Togo, Uganda, Westsahara und Zimbabwe (2016: 185; vgl. auch Manji/Ekine 2011).

Die zwei Schlaglichter politischen Geschehens verbinden die hohe Relevanz, die der Zivilgesellschaft in Bezug auf entwicklungspolitische Diskurse auf Regierungsebene in Deutschland zukommt. Zudem verweisen sie darauf, wie umkämpft der Begriff der Zivilgesellschaft ist. Zunächst kann festgestellt werden, dass soziale Bewegungen, Zusammenschlüsse und Organisationen, die in der Literatur als Zivilgesellschaft definiert werden, zentrale diskursive Bezugspunkte in der hegemonialen entwicklungspolitischen Debatte darstellen. Dabei deutet sich hier jedoch ein von Machtverhältnissen durchdrungener Blick an. Nicht alle Akteure werden gleichermaßen (als zivilgesellschaftlich) wahrgenommen und haben die gleichen Möglichkeiten, öffentlichen Druck aufzubauen. Während FIAN in ihrer Unterstützungsarbeit als derart folgenreich wahrgenommen wird, dass der Entwicklungsminister bemüht ist, Einfluss auf ihre Aktivitäten zu nehmen, deutet die Überraschung, mit der auf den ›arabischen Frühling‹ reagiert wurde, an, dass der Blick des Globalen Nordens auf die Bevölkerung Nordafrikas eher durch die Zuweisung von Passivität und undemokratischem Bewusstsein geprägt ist. Noch stärker zeigt sich eine solche Zuweisung, wenn man einen Blick auf die mangelnde Wahrnehmung der Proteste Subsahara-Afrikas wirft.

Dabei deutet sich an, dass die Bezugnahme auf Bewegungen und Organisationen als Zivilgesellschaft durch Akteure des Globalen Nordens von der Zuweisung bestimmter Ziele und Aufgaben, wie das Einfordern von Demokratie und Menschenrechten, geprägt ist. Eine solche Bezugnahme kann dabei die Funktion erfüllen, eigene Positionen zu unterstützen und eigenes Handeln zu legitimieren. So bezieht sich das BMZ positiv auf Ziele der Bewegungen in Nordafrika (wie etwa Demokratie) und bemüht sich entsprechend, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zu fördern. Dabei zeigt das Beispiel der Kaweri-Plantage die der NRO zugewiesene Aufgabe auf, Interessen marginalisierter Gruppen zu vertreten. Zudem verweist das Beispiel auf Konflikte zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Interessen sowie auf Fragen der Legitimität staatlicher Einflussnahme auf zivilgesellschaftliche Organisationen. Die Bezugnahme auf Zivilgesellschaft ist eng verwoben mit der Legitimation staatlichen Handelns im Kontext von Entwicklungspolitik. Schließlich wird Zivilgesellschaft als Akteur demokratischer Kontrolle verhandelt.

Die zwei Schlaglichter politischer Ereignisse verweisen auf verschiedene Diskursformationen, mit denen sich das vorliegende Buch anschließend an theoretische Arbeiten Michel Foucaults vorrangig beschäftigt und die es

problematisiert. Spätestens seit der Transformation des Entwicklungsdiskurses Anfang der 1990er Jahre kommt das BMZ kaum mehr umhin, sich auf Zivilgesellschaft zu beziehen und diese miteinzubeziehen. Zivilgesellschaft ist neben *Good Governance*, *Ownership* oder Partizipation eines der zentralen Konzepte des entwicklungspolitischen Diskurses geworden (vgl. Eberlei 2009; Nuscheler 2012). Unklar ist jedoch, was Zivilgesellschaft im jeweiligen politischen Kontext des BMZ bedeutet und wie sie in herrschende Diskurse eingebunden ist. Ausgehend von einer diskursanalytischen Perspektive kann von einem offenen Zivilgesellschaftsbegriff gesprochen werden, der beständig im Wandel ist. Beispielsweise werden religiöse Akteure sehr unterschiedlich eingestuft, manchmal zur Zivilgesellschaft gezählt und manchmal als eigene Kategorie verhandelt.

Solche Konstruktionen der Zivilgesellschaft sowie Implikationen für entwicklungspolitische Diskurse will die vorliegende Analyse für die Regierungsebene in den Jahren 1998 bis 2013 untersuchen. Sie interessiert sich für die Konstruktion von Wissen über Zivilgesellschaft sowie die Frage, wie – im *gouvernementalitätstheoretischen* Sinne – Bezugnahmen auf und Aushandlungen von Zivilgesellschaft in das ›Regieren‹ des BMZ, insbesondere in Bezug auf Afrika eingebunden sind. Die Konstruktion des Zivilgesellschaftsdiskurses soll herausgearbeitet und dessen Bedeutung für die deutsche Entwicklungspolitik ermittelt werden.

Dabei bezieht sich die Arbeit auf die staatliche deutsche Entwicklungspolitik, insbesondere in Bezug auf Afrika in den Jahren 1998 bis 2013.⁹ Untersucht werden Dokumente¹⁰ des BMZ, in Ausnahmefällen ressortübergreifende Programme der Bundesregierung, die ausgehend von einer

9 Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Folgenden von Entwicklungspolitik gesprochen, ohne immer zuzufügen, dass sich die Arbeit mit der Entwicklungspolitik primär des BMZ im Untersuchungszeitraum befasst und dabei besonderes Augenmerk auf die Konstruktion Afrikas legt. Sofern sich Aussagen in der Arbeit explizit auf Afrika beziehen, wird dies kenntlich gemacht.

10 Die Mehrheit der in der vorliegenden Arbeit untersuchten Dokumente bezieht sich auf Entwicklungs- und Schwellenländer im Globalen Süden und nicht fokussiert auf Afrika. Ausgehend von der aus den Dokumenten sowie der Forschung generierten Feststellung, dass afrikanische Länder als wichtige Kooperationsländer der Entwicklungszusammenarbeit ausgemacht werden, wird davon ausgegangen, dass die Dokumente ein Wissen über den Globalen Süden und damit auch über Afrika generieren. Die Ergebnisse dieser Dokumente wurden mit Regionalpapieren zu Afrika und der afrikaspezifischen Forschung abgeglichen.

diskursanalytischen Perspektive als ›institutionelle Kristallisationspunkte‹ von Machtverhältnissen verstanden werden. Da sich die Arbeit mit primär entwicklungspolitischen Diskursen beschäftigt, konzentriert sie sich auf Diskurse des BMZ. Das Ministerium ist neben dem Auswärtigen Amt wichtiger Akteur deutscher Afrikapolitik auf Regierungsseite (vgl. Mehler 2019: 30). Das dargestellte Institutionenverständnis wird abgegrenzt von einem Verständnis staatlicher Institutionen als autonome Akteure, denen alleinige, primär repressive Macht über die Bevölkerung zugeschrieben wird. Anknüpfend an theoretische Perspektiven der Kritischen Diskursanalyse (KDA) steht in der Analyse nicht die Intention des Ministeriums im Fokus der Arbeit, sondern dessen Wirkung auf den Diskurs. Dabei werden die Dokumente auch im Hinblick auf Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Diskurses, die beispielsweise durch ministerielle Veränderungen aufkommen, geprüft.

Der Arbeit liegen zwei zentrale kontextuelle Vorannahmen zugrunde, die für die Analyse des Zivilgesellschaftsdiskurses bedeutsam sind:

Zum einen wird ausgehend von einer postkolonialen Perspektive angenommen, dass sich der entwicklungspolitische aus dem kolonialen Diskurs entwickelte (vgl. Ziai 2007/2016b; McEwan 2019).¹¹ Daher wird mittels postkolonialer Konzepte nach Kontinuitätslinien kolonialen Wissens gefragt. Mit Hall (2012) gesprochen, wird also Wissen über den ›Westen und über den Rest‹, insbesondere Afrika, untersucht. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass neoliberale Kontinuitätslinien auch nach der Transformation des Entwicklungsdiskurses Ende der 1980er Jahre im *Global Governance*-Diskurs zu finden sind (vgl. Mosse 2005; Ziai 2007/2016b). So macht Cox (1999: 12) beispielsweise darauf aufmerksam, dass Neoliberalismus zur hegemonialen Ideologie im Kontext der Globalisierung wurde, weshalb zu prüfen ist, inwiefern sich diese Hegemonie auch in der Konstruktion der Zivilgesellschaft im entwicklungspolitischen Kontext widerspiegelt. Dadurch kann unter Rückgriff auf gouvernementalitätstheoretische Annahmen untersucht werden, wie sich der Neoliberalismus in nicht-ökonomische Bereiche einschreibt.

Durch die Konzentration der Analyse auf Regierungsdiskurse in Deutschland tun sich zwei Probleme auf: Zum ersten steht diese Konzentra-

11 Seit den 1990er Jahren werden postkoloniale Perspektiven zunehmend auf Entwicklungspolitik angewendet (vgl. Sylvester 1999: 703-704; McEwan 2019: 1). Der *Cultural Turn* der *Development Studies* untersucht Entwicklungspolitik und Entwicklungstheorie. Letztere kann dabei als Wissenschaft über das ›Andere‹ verstanden werden (vgl. Ziai 2007: 49).

tion im Spannungsverhältnis mit einer an Foucault orientierten Perspektive auf Macht, die einerseits betont, dass sich Macht nicht allein in staatlichen Institutionen begründet, sondern gesellschaftskonstituierend ist, und andererseits hervorhebt, dass sie nicht allein repressiv, sondern produktiv wirkt. Die Fokussierung auf Regierungsdiskurse könnte den verengten Eindruck eines staatszentrierten Machtverständnisses reproduzieren. Zum zweiten erhebt die Arbeit den kritischen Anspruch der Rekonstruktion dichotomer Zuweisungsprozesse innerhalb des Entwicklungsdiskurses, konzentriert sich jedoch auf die diskursive Auseinandersetzung im Globalen Norden. Dadurch besteht die Gefahr der Reproduktion dominanten Wissens durch Hervorhebung des ohnehin schon als ›aktiv‹ dargestellten Globalen Norden im Gegensatz zu einem als ›passiv‹ konstruierten Globalen Süden. Dieser Problematik der Reduzierung auf dichotome Zuschreibungen soll klar widersprochen werden, indem sie ausgehend von einer postkolonialen Perspektive zum Thema gemacht und kritisiert wird.

Auf Basis einer diskurstheoretischen Perspektive wird, wie bereits angedeutet, davon ausgegangen, dass Machtverhältnisse Gesellschaften durchziehen, Widerstände beinhalten und hervorrufen. Vorhandene widerständige Positionen innerhalb der Auseinandersetzung äußern sich beispielsweise in abweichendem Verhalten, dem Aufbau von Gegenöffentlichkeiten und Protesten. Dabei sind diese Widerstände gegenhegemonialer Diskurse jedoch nicht Fokus der Arbeit. So hat die Untersuchung nicht den Anspruch, Aussagen darüber zu treffen, welche Wirkungen die Anrufung der Zivilgesellschaft auf gesellschaftliche Akteure und politische Diskurse im Globalen Norden und Globalen Süden hat, bzw. wie sich Subjekte innerhalb des Diskurses bewegen, auch wenn es möglich scheint, auf bestimmte Effekte hinzuweisen. Die Untersuchung des Diskursfeldes sowie des Regimes von Subjektivierungsformen ermöglicht also weniger Aussage über das Bewegen von Menschen im Diskurs oder über den Einfluss und die Wirkmächtigkeit von Akteuren des Globalen Südens (beispielsweise durch Institutionen oder Akteure in afrikanischen Ländern).

Ausgehend vom Erkenntnisinteresse der Rekonstruktion von Sagbarkeitsfeldern knüpft die Arbeit an diskurstheoretische Perspektiven Foucaults an – insbesondere an seine Überlegungen zu Diskurs, Macht und Gouvernementalität – sowie deren Rezeption in der Kritischen Diskursanalyse (KDA) durch Jäger (2009/2012). Sie bewegt sich damit innerhalb der poststrukturalistischen Theorien. Auf Grundlage dieser theoretischen Perspektive geht es in der Arbeit nicht darum, nach einer ›wahren‹ oder ›tatsächlichen‹

Bedeutung von Zivilgesellschaft im Kontext der Entwicklungspolitik zu suchen oder zu bestimmen, welche in den Dokumenten ausgemachten Akteure >wirklich< der Zivilgesellschaft zugehören und welche nicht. Vielmehr wird Zivilgesellschaft als diskursiver Kampfplatz begriffen, in dem verschiedene Kräfte um Deutungshoheit ringen. Die Untersuchung ermöglicht es dabei, den Diskurs in seiner Umkämpftheit in einem bestimmten Zeitraum zu fassen (vgl. Cox 1999: 5). Verknüpft werden Ansätze der KDA mit postkolonialen Konzepten, die insbesondere für den entwicklungspolitischen Kontext relevant sind. Dabei geht die Arbeit von einem Verständnis von Politik aus, dass über politische Systeme hinausgeht und u.a. Analysen der *Gouvernementalität* und der Subjektivierungsprozesse mit einschließt (vgl. Bröckling 2013).

Neben dieser diskurstheoretischen und postkolonialen Perspektive verortet sich die vorliegende Arbeit primär in der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaftsforschung (vgl. Kap. 2).¹² Mit ihr soll ein Beitrag zur entwicklungspolitischen Debatte über Zivilgesellschaft insbesondere in Bezug auf Afrika geleistet werden. Sie liefert empirische Erkenntnisse darüber, was im Untersuchungszeitraum diskursiv auf der Ebene staatlicher deutscher Entwicklungspolitik als Zivilgesellschaft verstanden wird und wie mittels der Bezugnahme auf Zivilgesellschaft regiert wird.

Damit füllt die Arbeit eine Forschungslücke. Schließlich finden sich bislang nur wenige Analysen, die sich mit der Konstruktion von Zivilgesellschaft mittels einer diskurstheoretischen und postkolonialen Perspektive beschäftigen. Es handelt sich bei der vorliegenden Analyse um die einzige Arbeit, die sich fokussiert mit der Regierungsebene in Deutschland, insbesondere in Bezug auf Afrika in den Jahren 1998 bis 2013 auseinandersetzt. Der diskursanalytische Zugang ermöglicht es besonders gut, Kontinuitätslinien, Diskontinuitäten und Brüche im Wissen über Zivilgesellschaft in Bezug auf ihre produktiven Verstrickungen in Machtverhältnisse herauszuarbeiten. Ich argumentiere, dass die Konstruktion und Bezugnahme auf Zivilgesellschaft für das BMZ notwendig ist, um >eigenes< Handeln zu legitimieren und die eigene Position abzusichern. >Regieren< erfolgt dabei über die Anrufung der Zivilgesellschaft, die Reproduktion von *Othering*-

12 Darüber hinaus verortet sich die Untersuchung im Forschungsfeld der allgemeinen Zivilgesellschaftsforschung. Theoretische und empirische Analysen zu Zivilgesellschaft sind vor allem in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu finden (vgl. Rucht 1994; Stickler 2005).

Prozessen sowie die Einschreibung (neo)liberaler Programmatiken in den Zivilgesellschaftsdiskurs.

Forschungsleitende Fragestellungen

Nachdem vorangehend in das Thema der Arbeit mit einem kurzen Problemaufriss eingeführt wurde, soll im Folgenden die Forschungsfrage skizziert werden. Ausgehend von den theoretischen und kontextuellen Vorannahmen sowie der angenommenen Forschungslücke untersucht die Schrift folgende Fragestellungen:

- a) Wie wird Zivilgesellschaft im Kontext deutscher Entwicklungspolitik mit einem besonderen Fokus auf Afrika in den Jahren 1998 bis 2013 diskursiv konstruiert?
- b) Welche Implikationen sind dem Diskurs in diesem entwicklungspolitischen Kontext inhärent?

Von diesen beiden Fragen ausgehend lassen sich – anknüpfend an die zugrunde gelegten theoretischen Konzepte sowie bereits bestehende Forschungsergebnisse – folgende Fragen zu bestimmten Schwerpunkten ableiten:

1. Die Analyse möchte die Herstellung von Wissen zur Zivilgesellschaft im entwicklungspolitischen Diskurs des BMZ ergründen. Daher stellen sich unter anderem folgende Fragen: Welche Positionen, Attribute und Handlungsaufforderungen werden der Zivilgesellschaft mit welchen Mitteln zugewiesen? Welche Abgrenzungen erfolgen dabei? Welche Kontinuitäten, Diskontinuitäten und Brüche lassen sich innerhalb des Untersuchungszeitraums des zuerst durch Wiczorek-Zeul (SPD, Amtszeit 1998–2009) und anschließend Niebel (FDP, Amtszeit 2009–2013) geleiteten BMZ feststellen?
2. Auf Basis von der für den Entwicklungsdiskurs relevanten postkolonialen Perspektive wird die Frage gestellt, inwiefern sich Kontinuitätslinien und Brüche kolonialen Wissens im Zivilgesellschaftsdiskurs sowie dem *Good Governance*-Diskurs insbesondere in Bezug auf Afrika finden lassen und welche Implikationen die Bezugnahme auf das Selbstbild staatlicher deutscher Entwicklungspolitik als Kristallisationspunkt des Diskurses mit sich bringt.
3. Ausgehend von der Annahme der Ausweitung neoliberaler Prinzipien auf alle Lebensbereiche stellt sich die Frage, inwiefern (neo)liberale An-

rufungen auch im Zivilgesellschaftsdiskurs aufzufinden sind und mit welchen Mitteln eine solche Zuweisung innerhalb der untersuchten Dokumente erfolgt.

4. Anknüpfend an diskurstheoretische Annahmen soll herausgefunden werden, auf welche Art und Weise die Zivilgesellschaft in den deutschen Entwicklungsdiskurs eingebunden ist und welche Funktion dies für den Diskurs erfüllt. Ausgehend von gouvernementalitätstheoretischen Annahmen fragt die Arbeit danach, wie über den Diskurs regiert, eigenes Handeln legitimiert und diskursiv abgesichert wird. Dabei sollen auch Widersprüche und Konflikte zwischen unterschiedlichen Positionen im Diskurs (z.B. liberal, marktradikal) sowie zwischen Diskursebenen (z.B. Politik, Wissenschaft) herausgearbeitet werden.

Aufbau der Arbeit

In der vorliegenden Einleitung (Kap. 1) wurde vorangehend in das Thema der Arbeit eingeführt, auf seine Relevanz und disziplinäre Verortung verwiesen und die Fragestellung dargestellt.

In Kapitel 2 wird der aktuelle Stand der Zivilgesellschaftsforschung vorgestellt und das in dieser Arbeit behandelte Forschungsdesiderat markiert. Dargestellt werden theoretische Zugänge sowie Analysen, die versuchen, das Phänomen der Zivilgesellschaft im Globalen Norden und Süden zu fassen. Dabei bezieht sich die Arbeit insbesondere auf Analysen im deutschsprachigen Raum. Ein besonderes Augenmerk wird auf Untersuchungen zu Zivilgesellschaft in Afrika im Kontext der sozialen Bewegungs-, der entwicklungs politischen und afrikabezogenen Forschung gelegt.

In Kapitel 3 werden zunächst zentrale diskurstheoretische Ansätze, anknüpfend an die Arbeiten Michel Foucaults sowie dessen Rezeption durch die KDA vorgestellt. Mittels dieser theoretischen Perspektive ist es möglich, Zivilgesellschaft als Konstrukt zu fassen und hinsichtlich ihrer Implikationen zu befragen. Sie ermöglicht es, die in Kapitel 2 skizzierten Forschungslücken zu schließen. Anschließend werden Konzepte der KDA dargestellt, mit deren Hilfe die Forschungsfrage beantwortet werden soll. Daran anknüpfend wird das methodische Vorgehen der Arbeit erläutert. Abschließend werden zentrale Konzepte der postkolonialen Theorien vorgestellt, die Grundlage der Analyse darstellen.

Kapitel 4 führt in den diskursiven Kontext des Forschungsthemas ein: Auf Grundlage der Annahme, dass sich der Entwicklungsdiskurs aus dem

kolonialen Diskurs entwickelte, wird sowohl der koloniale als auch der entwicklungspolitische Diskurs hinsichtlich zentraler diskursiver Bezugspunkte und Wissensbestände befragt. Kontinuitätslinien und Brüche werden dargestellt. Ein weiterer Fokus liegt auf der deutschen und der internationalen Entwicklungspolitik seit der Transformation des Entwicklungsdiskurses Ende der 1980er Jahre. Zentrale Diskurse, diskursive Ereignisse und konzeptionelle Bezugspunkte werden dargestellt, insbesondere solche, die für den Zivilgesellschaftsdiskurs von besonderer Relevanz sind. Punktuell werden auch Bezugspunkte vorgestellt, die außerhalb des Feldes der Entwicklungspolitik stehen, sofern sie für den Zivilgesellschaftsdiskurs relevant sind. Hierzu gehört der Bereich der internationalen Beziehungen, aber auch der Zivilgesellschaftsförderung auf bundesdeutscher Ebene. Der diskursive Kontext umfasst zentrale Bezugspunkte, die für die Analyse des Zivilgesellschaftsdiskurses wichtig sind, da Aussagen nur auf dessen Grundlage getroffen werden können.

Auf der Grundlage der in Kapitel 3 dargestellten theoretischen Konzepte und Grundbegriffe sowie unter Bezugnahme auf den diskursiven Kontext des Kapitels 4 umfasst Kapitel 5 den empirischen Analyseteil der Arbeit. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird zunächst im Sinne der KDA eine Strukturanalyse des Datenmaterials vorgenommen (Kap. 5.1), um anschließend eine Feinanalyse von zwei Textbausteinen durchzuführen (Kap. 5.2), die es ermöglichen, das Material in seiner Feingliedrigkeit in Bezug auf das Forschungsthema zu befragen.

In Kapitel 6 werden die zentralen Ergebnisse der Struktur- und Feinanalyse zusammengeführt und unter Bezugnahme auf die theoretischen und konzeptionellen Zugänge der KDA und der postkolonialen Theorien und unter Berücksichtigung des diskursiven Kontextes tiefer gehend interpretiert. Abschließend wird ein kurzes Fazit gezogen.

Mit der vorliegenden Arbeit erhoffe ich mir nicht allein einen Beitrag für die wissenschaftliche Debatte zum Thema zu leisten, sondern auch politisch in den entwicklungspolitischen Diskurs zu intervenieren und neue Impulse für die Zivilgesellschaftsdebatte zu geben. Emanzipatorische Diskurse sollen gestärkt und Debatten befördert werden! Im Ergebnis geht es darum, zu zeigen, wie diskursiv machtvoll das Handeln des BMZ abgesichert wird und wie neoliberale Programmatiken sowie eine auf *Othering*-Prozessen aufbauende Entwicklungspolitik unter Rückgriff auf den Akteur der Zivilgesellschaft legitimiert werden. Mein zentrales Anliegen ist, ausgehend von einer herr-

schaftskritischen Perspektive, diese Prozesse herauszuarbeiten und zu problematisieren.

Um in das Thema der Arbeit einzusteigen und einen Überblick über die unterschiedlichen Stränge des Untersuchungsgegenstands zu erhalten, wird im folgenden Kapitel das Feld der Zivilgesellschaftsforschung dargestellt.